

Niederschrift

über die 29. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am **Mittwoch, dem 17.10.2007**.

Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses hatten sich nach ordnungsgemäßer Einladung des Vorsitzenden, Ratsmitglied Hans-Heinrich Helikum, vom 04.10.2007 um 17.00 Uhr im Saal des Bürgerhauses versammelt.

Unter dem Vorsitz von RM Hans-Heinrich Helikum waren anwesend:

I. die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses

a) aus dem Rat

1. RM Susanne Brandenburg f. Achim Kleuser,
2. RM Hans-Heinrich Helikum,
3. RM Ute-Lucia Krall,
4. RM Norbert Schreier,
5. RM Jürgen Spelter,
6. RM Angelika Urban,
7. RM Hans-Georg Wingartz,
8. RM Birgit Alkenings,
9. RM Hans-Georg Bader f. Marie-Liesel Donner bis TOP 5c,
10. RM Anabela Barata,
11. RM Manfred Böhm,
12. RM Marie-Liesel Donner ab TOP 5c,
13. RM Dagmar Hebestreit,
14. RM Jürgen Scholz,
15. RM Claudia Schnatenberg,
16. RM Susanne Vogel,
17. RM Horst Welke;

b) sonstige Ratsmitglieder als Zuhörer

RM Friedhelm Burchartz;

c) sachkundige Bürger

1. RM Claudia Schlottmann f. Werner Buddenberg,
2. Klaus Cohausz f. Wolfgang Frey,
3. RM Ludger Reffgen f. Franz-Dieter Schnitzler;

d) beratendes Mitglied

Günter Pohlmann;

II. vorübergehende Berater und Zuhörer

1. Herr Nagel (Behindertenbeirat) bis TOP 6 h,
2. Herr Aberspach (Seniorenbeirat) bis TOP 6 h,
3. Herr Hillebrand (Stadtmarketing),
4. Herr Kraemer (Stadtmarketing),
5. Herr Hof (Stadtwerke),
6. Frau Borneck (Stadtwerke),
7. Herr Knierim (Polizei) bis TOP 5 b;

III. von der Verwaltung

1. 1. Beig. Thiele bis TOP 5 c,
2. Beig. Danscheidt,
3. Beig. Rech,
4. Frau Bosbach, Amtsleiterin IV/60, zugl. als Schriftführerin,
5. Herr Trapp, stellv. Amtsleiter IV/60,
6. Herr Stuhlträger, Amtsleiter IV/61,
7. Herr Groll, stellv. Amtsleiter IV/61,
8. Herr Ferenz, Referendar IV/61,
9. Herr Mittmann, Amtsleiter IV/66 bis TOP 6 h,
10. Herr Scheib, Amtsleiter II/26 bis TOP 6 b,
11. Herr Spielmann, Amt I/14,
12. Frau Stankowski, Verwaltungsangestellte.

Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen.
2. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen.
3. **Anträge**
 - a) Diskothekenbetrieb „Tanzmühle“, Am Kronengarten;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.08.2007 - SV 32/09.
 - b) Standards der Bürgerbeteiligung nicht senken! - Bürger besser informieren
hier: Antrag der Fraktion Bürgeraktion vom 21.08.2007 - SV 61/178.
4. **Verkehrsangelegenheiten**
 - a) Bürgerbus für Hilden;
hier: Vorstellung eines Konzeptes zur Anbindung von Randlagen in Hilden an den ÖPNV - SV 61/180.
 - b) Umbenennung einer Straße;
hier: 1. Straße Giesenheide im Bereich der Zufahrt zu „Mc Donald's“ und Tennisanlage Bungert
2. Straße Lodenheide von der Auffahrt zur Brücke über den Nordring bis zum Wirtschaftsweg (Landwirtschaftshof Heups) - SV 61/181.

- c) Widmung von öffentlichen Verkehrsflächen im Stadtgebiet Hilden;
hier: Zufahrt zu „Mc Donald’s“ und Tennisanlage Bungert (bisher:
Giesenheide),
Fuß- und Radweg von der Straße Lodenheide
(Brücke Nordring) bis zur Zufahrt zu „Mc Donald’s“ und der
Tennisanlage Bungert (bisher: Giesenheide) - SV 61/182.

5. Bau- und Planungsangelegenheiten

- a) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 73A, 5. Änderung für den Bereich
Mittelstraße / Bismarckstraße / Dr.-Ellen-Wiederhold-Platz;
hier: Entscheidung über den städtebaulichen Entwurf und das weitere
Bauleitplanverfahren - SV 61/190.
- b) Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans
(Vorhaben- und Erschließungsplan) für den Bereich Karnaper Straße /
Schürmannstraße / Diesterwegstraße / Eisenbahntrasse - SV 61/179.
- c) Bebauungsplan Nr. 165A für den Bereich Kirchhofstraße / Mittelstraße /
Walder Straße / Krankenhaus / Stadtwerke;
hier: Entscheidung über den überarbeiteten städtebaulichen Entwurf
- SV 61/187.
- d) 43. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Bredharter
Heide / Krabbenburg;
hier: Beschluss über die weitere Vorgehensweise - SV 61/186.
- e) Bebauungsplan Nr. 253 für einen Bereich zwischen Düsseldorfer Str.,
Horster Allee, Itterbach, Stadtgrenze;
hier: Aufstellungsbeschluss - SV 61/189.
- f) 45. Flächennutzungsplanänderung für einen Bereich zwischen Düsseldorfer
Str., Horster Allee, Itterbach, Stadtgrenze;
hier: Aufstellungsbeschluss - SV 61/188.

6. Sonstiges

- a) Bericht über die Abwicklung von Tiefbaumaßnahmen und Maßnahmen für
Umwelt und Grünflächen sowie die Abrechnung von Beiträgen und Darstel-
lung sonstiger Einnahmen des Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamtes -
Stand 30.09.2007 - SV 60/078.
- b) Sachstandsbericht Hochbaumaßnahmen (Stand 30.09.2007) - SV 26/042.
- c) Überprüfung der Denkmalwürdigkeit der Essenzenfabrik Lindenstraße 20;
hier: Eintragung der Gebäude Wohnhaus (Nr. 2), Zwischentrakt (Nr. 3)
und altes Hauptfabrikgebäude (Nr. 4) in die Denkmalliste - SV 60/081.
- d) Sanierung des Schmutzwassersammlers Niedenstraße/Hülsenstraße
- SV 66/096.
- e) Regenwasserkanalsanierung Verdistrasse;

hier: Unterlagen gem. § 14 GemHVO - SV 66/097.

- f) Regenwasserkanalneubau und -sanierung Auf der Hübben;
hier: Unterlagen gem. § 14 GemHVO - SV 66/101.
- g) Umgestaltung der Ringwallanlage Holterhöfchen - SV 66/099.
- h) Sanierung von Straßenbaumstandorten - SV 66/109.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

- 7. Vorstellung aktueller Bauvorhaben - o. SV.
- 8. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen.
- 9. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen.

I. Öffentliche Sitzung:

Um 17.00 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Sitzung im Saal des Bürgerhauses. Er begrüßte die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter der Beiräte, des Stadtmarketings, den Vertreter der Polizei sowie die Vertreter der Verwaltung, der Presse und die erschienenen Bürgerinnen und Bürger.

Er stellte die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Da keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht wurden, wurde wie folgt beraten und beschlossen:

1. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen.

a) Herr Rech: CO-Pipeline

Herr Rech gab bekannt, dass ganz aktuell die anwaltliche Mitteilung eingegangen sei, dass der Antrag auf aufschiebende Wirkung des Besitzeinweisungsbeschlusses verwaltungsgerichtlich abgelehnt worden sei. Hiergegen werde man fristgerecht Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht einlegen.

Anschließend informierte Herr Groll den Ausschuss über die Anhörung zum Thema CO-Pipeline im Landtag. Bemerkenswerter Weise sei die Bezirksregierung nicht vertreten gewesen. Es bleibe festzuhalten, dass neben der umstrittenen CO-Pipeline im Bereich der Trasse der A 3 ein Pipeline-Netzwerk angedacht sei. Das Wirtschaftsministerium beabsichtige hier eine Bündelung. Ferner habe er aus der Anhörung mitgenommen, dass eine Schuldzuweisung „auf die Kommunen“ klar heraus zu hören sei. Ein politisches Umdenken sei trotz des Hinweises auf das Boxberg-Urteil nicht zu erwarten.

b) Herr Groll: Information zum VRR

Herr Groll berichtete, die bereits in der September-Sitzung verwaltungsseitig geschilderte Problematik

zwischen dem VRR und der Deutschen Bahn AG habe sich bestätigt mitsamt der bereits dargestellten Folgen für den Hildener ÖPNV. Mithin werde sich weder in der Ausstattung im S-Bahn-Bereich noch an der Linienbenennung S 7 oder deren Fahrplan etwas ändern.

2. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen.

a) Frau Alkenings: Fahrbahnmarkierung

Frau Alkenings bat darum, die Fahrbahnmarkierung für den Radfahrwechsel vom Radweg auf die Berliner Straße in Höhe der Abbiegespur zur Straße Am Rathaus zu optimieren.

b) Frau Schnatenberg: Erreichbarkeit ÖPNV während der Baumaßnahme des Bahnhofsgebäudes - Anfrage.

Frau Schnatenberg wies darauf hin, dass sich durch die Baumaßnahme des Bahnhofsgebäudes die fußläufige Verbindung verändert habe. Damit sei die rechtzeitige Erreichbarkeit im ÖPNV nicht mehr gewährleistet. Sie bat um Prüfung, ob hier der Fahrplan während der Bauphase umgestellt werden könne.

c) Herr Pohlmann: Klimaschutzmaßnahmen in Hilden - Antrag.

Für die Fraktion die Unabhängigen Hilden stellte Herr Pohlmann folgenden Antrag:

„Die Wählergemeinschaft „die UNABHÄNGIGEN Hilden“ stellt hiermit im Hinblick auf die zwingend notwendigen Klimaschutzmaßnahmen (vor Ort) folgenden Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in Hilden die Verkehrsführung mittels optimierter Ampelschaltung (Lichtzeitanlagen), insbesondere mit weiterer Einführung des sogenannten „grünen Pfeils“ möglich ist.

Zielsetzung:

1. Reduzierung von CO₂ Ausstoß in einem nicht unerheblichen Maße
2. eine zügigere Verkehrsführung (Zeitersparnis für alle Verkehrsteilnehmer)
3. Lärmreduzierung
4. etc.

Als konkrete Überprüfungsmaßnahme soll im ersten Schritt die verkehrsreiche Walder Straße dienen.

Die Lichtzeitanlagen sind geschlagene 8.760 h im Jahr in Betrieb. Dies bedeutet, dass auch dann der Verkehr mittels Lichtzeitanlage geregelt wird, wenn so gut wie kein Verkehr herrscht.

Das Verkehrsaufkommen in den Schwachlastzeiten (Sonn- und Feiertagen, Nachtstunden etc.) ist relativ gering, so dass die Ampeln abgeschaltet werden können. So können alle Fahrzeuge ohne größeren Zeitaufwand zum einen in die Walder Straße herein fahren als auch überqueren. In der Hauptverkehrszeit kann der Verkehr durch den „grünen Pfeil“ beschleunigt werden und damit CO₂-reduzierend wirken.

Aus Richtung Solingen kommend haben wir bis zur Autobahnbrücke folgende beampelte Einmündungen:

Max-Volmer-Str., Dürerweg, Holbeinweg, Rembrandtweg, Rethelweg, Lievenstraße.

Der hier überwiegende/ausschließliche Anliegerverkehr kann aus diesen Straßen nach rechts (Richtung Stadtmitte) mittels „grünem Pfeil“ in die Walder Straße einbiegen, als auch aus Solingen kommend in die Anliegerstraßen einbiegen. Wartezeiten würden dadurch verkürzt.“

d) Frau Krall: Unterhaltungsmaßnahmen - Anfrage.

Auf die entsprechende Anfrage von Frau Krall teilte Herr Mittmann mit, spätestens für die Dezember-Sitzung werde ein Straßenunterhaltungsprogramm für die nächsten 5 Jahre vorgelegt.

Herr Scheib ergänzte, für die Gebäudeunterhaltung werde er einen 5-Jahresplan in der Sitzung am 07.11.2007 präsentieren.

e) Herr Welke: Zaun am Schwimmbad - Anfrage.

Für die FDP-Fraktion stellte Herr Welke folgende Anfrage:

„Am Sportplatz Helmholtz-Gymnasium ist der Zaun am Wall zum Schwimmbad unten freigeschaufelt und aufgebogen worden, um dort durchzukommen.

Der Zaun ist wieder zu schließen.
Gleichzeitig ist die Grünanlage am Zaun zu überprüfen.“

f) Herr Wingartz: Maßnahmen Stadtpark - Anfrage.

Für die CDU-Fraktion stellte Herr Wingartz folgende Anfrage:

„Welche konkreten Maßnahmen sind vom Bürgermeister geplant, um den Stadtpark für den Herbst und Winter sicherer zu machen?

Der Stadtpark ist als sog. Angstraum bereits seit langem insbesondere im Hinblick auf die unzureichende Beleuchtung bekannt. Dringende Abhilfe bzw. spürbare Verbesserung ist geboten.“

g) Herr Reffgen: Provisorische Verkehrsinsel Gerresheimer Straße - Anfrage.

Herr Reffgen bemängelte die aus mobilen Elementen bestehende provisorische Verkehrsinsel auf der Gerresheimer Straße in Höhe der Sparkasse. Aufgrund der unzulänglichen Beleuchtungssituation in diesem Bereich halte er diese Einrichtung für verkehrsgefährdend.

Herr Mittmann erklärte, es handele sich um eine zusätzliche provisorische Querungshilfe, die im Zusammenhang mit der Ausbaumaßnahme Kreisverkehr Schalbruch erforderlich sei. Eine Alternative bestehe in einer Baustellenampel. Diese sei aus fachtechnischer Sicht zur Zeit nicht erforderlich. Eine Querungshilfe habe nicht den Charakter eines Zebrastreifens. Das mit dieser Einrichtung verbundene Anliegen sei gewesen, den Verkehrsfluss nicht unnötig zu stören.

Auf den Einwand von Herrn Reffgen, die klobigen mobilen Elemente seien bei der zugelassenen Geschwindigkeit von 50 km/h zu spät erkennbar, erklärte Herr Mittmann, eine Insel in der Fahrbahnmitte solle zur Geschwindigkeitsreduzierung beitragen. Die einschlägige Baustellenbeschilderung solle im Vorfeld eine Verhaltensanpassung seitens des Autofahrers bewirken. Die Insel selber diene lediglich zur Sicherheit der Fußgänger. Die Anlage entspreche den technischen Regeln, Grundsätzlich erwarte er, dass sich Autofahrer gerade im Baustellenbereich StVO-konform verhalten.

h) Herr Böhm: Landschaftsschutzgebiet Elb - Anfrage.

Herr Böhm verwies darauf, dass die Absperrung zum Landschaftsschutzgebiet zerstört und das Gelände widerrechtlich genutzt werde. Der Bürgerverein habe eine entsprechende Mitteilung an die Verwaltung und die Stadt Düsseldorf getätigt.

Hierzu ließ Herr Danscheidt wissen, das Ordnungsamt sei bereits vor Ort gewesen. Man habe eine Wiederherstellung der Einzäunung seitens der Stadt Düsseldorf als Eigentümer gefordert.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde lagen keine Wortmeldungen vor.

3. Anträge

- a) Diskothekenbetrieb „Tanzmühle“, Am Kronengarten;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.08.2007 - SV 32/09.

Nach kurzer Aussprache und Beantwortung einiger Fragen durch Herrn Danscheidt nahm der Stadtentwicklungsausschuss Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.

- b) Standards der Bürgerbeteiligung nicht senken! - Bürger besser informieren;
hier: Antrag der Fraktion Bürgeraktion vom 21.08.2007 - SV 61/178.

Frau Urban hielt die Bürgerinformation bei der Bauleitplanung für sehr umfassend. Fragwürdig sei allerdings das Verfahren bei der CO-Pipeline gewesen.

Herr Reffgen erläuterte die Hintergründe für den Antrag. Diese seien zum einen die CO-Pipeline und zum anderen die Novelle des Baugesetzbuchs gewesen. Letzteres sehe bei einem beschleunigten Verfahren nunmehr eine eingeschränkte Bürgerbeteiligung vor. Ziel des Antrags sei eine uneingeschränkte gute Bürgerbeteiligung in allen Verfahren, die seines Erachtens über ein Beteiligungsmanagement zu organisieren sei.

Frau Alkenings hielt fest, das in Hilden praktizierte Verfahren zur Bürgerbeteiligung, sowohl bei der Bauleitplanung als auch bei der Straßenbauplanung, gehe weit über gesetzliche Vorschriften hinaus. Bei übergeordneten Verfahren sei dies Angelegenheit der zuständigen Behörde. Insofern sehe sie für Hilden keinen Handlungsbedarf.

Nach kurzer weiterer Diskussion unter Beteiligung von Frau Vogel und Herrn Welke wurde der Antrag mit 17 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen abgelehnt.

4. Verkehrsangelegenheiten

- a) Bürgerbus für Hilden?
Vorstellung eines Konzeptes zur Anbindung von Randlagen in Hilden an den ÖPNV
- SV 61/180.
-

Nach kurzer Aussprache fasste der Stadtentwicklungsausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, das Bürgerbuskonzept weiter auszu- arbeiten und hierbei insbesondere die Aspekte Kosten, Fahrweg, Fahrplan sowie Vereinsgründung zu untersuchen. Anschließend soll die Verwaltung das dann präzierte Konzept zur erneuten Be- ratung vorlegen.“

b) Umbenennung einer Straße;

- hier: 1. Straße Giesenheide im Bereich der Zufahrt zu „Mc Donald’s“ und Tennis- anlage Bungert
2. Straße Lodenheide von der Auffahrt zur Brücke über den Nordring bis zum Wirtschaftsweg (Landwirtschaftshof Heups) - SV 61/181.

Nach kurzer Aussprache nahm der Stadtentwicklungsausschuss mit 12 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen folgenden geänderten Beschlussvorschlag an:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss die Umbenennung von zwei Anliegerstraßen:

Teil 1. Zufahrt zum Nordring: Diekhaus

Teil 2. Teilfläche der „Lodenheide“: Am Volkes Büschgen“

c) Widmung von öffentlichen Verkehrsflächen im Stadtgebiet Hilden;

- hier: Zufahrt zu „Mc Donald’s“ und Tennisanlage Bungert (bisher: Giesenheide) Fuß- und Radweg von der Straße Lodenheide (Brücke Nordring) bis zur Zufahrt zu „Mc Donald’s“ und der Tennisanlage Bungert (bisher: Giesenheide) - SV 61/182.

Ohne Aussprache nahm der Stadtentwicklungsausschuss einstimmig folgenden Beschlussvorschlag an:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss wie folgt:

Folgende Straßen in der Stadt Hilden werden gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) vom 23. September 1995 (GV NW S. 1028 ff.) in der z. Z. gültigen Fassung jeweils

- als Gemeindestraße, bei der **die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (§ 3 Abs. 4 Ziffer 2 StrWG NW) dem öffentlichen Verkehr** gewidmet:

Lfd. Nr.	Straße	von - bis	Gemarkung Hilden	
			Flur	Flurstück
1	bisher: Giesenheide	Zufahrt zu „Mc Donald’s“ und Tennisanlage Bungert	36;	151, 153, Teilfläche aus 177, Teilfläche aus 179;

- als Gemeindestraße, bei der **die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (§ 3 Abs. 4 Ziffer 2 StrWG NW) dem Fußgänger- und Fahrradverkehr** gewidmet:

Lfd. Nr.	Weg	von - bis	Gemarkung Hilden	
			Flur	Flurstück

Lfd. Nr.	Weg	von - bis	Gemarkung Hilden	
			Flur	Flurstück
2	Weg	von der Lodenheide (Brücke Nordring) bis zur Zufahrt zu „Mc Donald's“ und der Tennisanlage Bungert	36;	Teilfläche aus 179;

5. Bau- und Planungsangelegenheiten

- a) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 73A, 5. Änderung für den Bereich Mittelstraße / Bismarckstraße / Dr.-Ellen-Wiederhold-Platz;
hier: Entscheidung über den städtebaulichen Entwurf und das weitere Bauleitplanverfahren
- SV 61/190.

Frau Urban erklärte, es handle sich um ein optisch und nutzungstechnisch ansprechendes Objekt. Bei der Weiterentwicklung des Bauleitplanverfahrens sei die Überplanung des Dr. Ellen-Wiederhold-Platzes und das Nordufer der Litter gestalterisch einzubeziehen. Ferner halte sie die vorgesehene Tiefgaragenzufahrtsregelung wegen einer evtl. Überbeanspruchung der Bismarckstraße für nicht überzeugend. Hier bedürfe es weiterer Untersuchungen von Zu- und Ausfahrtmöglichkeiten ggfs. in Verbindung mit der Tiefgarage Rathaus als Einbahnstraßenregelung. Im Sinne einer Attraktivierung des Dr. Ellen-Wiederhold-Platzes hielt sie eine bessere Besonnungsmöglichkeit und damit verbunden ein weiteres Abrücken der Büroetagen vom Platz weg für wünschenswert. Es sollte daher eine Überprüfung erfolgen, ob der Querriegel noch zu verschieben sei. Bei der Vergabe der Gewerke seien Hildener Firmen einzubeziehen.

Herr Reffgen führte aus, er teile die Betrachtung des Gutachters im Hinblick auf den Einzelhandelsstandort nicht; im Gegenteil, er befürchte bei der Schaffung weiterer Einzelhandelsflächen den Leerstand von Altstandorten. Bei der angedachten verkehrlichen Erschließung über die Bismarckstraße komme es zu einer Mehrbelastung von 70%. Insofern spreche er sich für eine Erschließung über die Straße Am Rathaus durchaus mit Optionen für andere Varianten aus.

Herr Welke legte Wert auf eine Einbeziehung der Überplanung des Ellen-Wiederhold-Platzes und eine Minderung der Verkehrsbelastung für die Bismarckstraße.

Frau Alkenings erinnerte daran, dass heute lediglich eine Entscheidung über den städtebaulichen Entwurf zu erfolgen habe. Sie stimme der Fortführung des Verfahrens auf der Grundlage dieses Entwurfs zu und schließe sich den Ausführungen der Vorredner an. Ergänzend hielt sie fest, dass bei diesem Neubauprojekt an die Belange des Fahrradverkehrs in Form von ausreichenden Fahrradabstellanlagen zu denken sei. Darüber hinaus sei das Verkehrsgutachten noch nicht überzeugend. Ferner hielt sie eine Überprüfung der Ampelschaltzeiten im Kreuzungsbereich Berliner Straße für erforderlich.

Frau Vogel vertrat die Auffassung, hier sei die Errichtung eines energetischen Vorzeigeprojektes möglich. Vor diesem Hintergrund stellte sie nachstehenden Antrag / Prüfauftrag:

„ Der Neubau des Sparkassengebäudes soll einen Verbrauch von 100kWh/qm nicht übersteigen.

Folgende Vereinbarungen werden getroffen:

- Auf dem Gebäude wird eine Fotovoltaikanlage installiert.
- Zur Strom- und Wärmegegewinnung wird ein Blockheizkraftwerk (BHKW) eingesetzt.
- Zur Optimierung der Wärmedämmung wird ein Wärmegutachten erstellt.“

Sie erklärte, sie werde sich heute der Abstimmung enthalten, allerdings im Zuge des weiteren Verfahrens unter Berücksichtigung energetischer Maßnahmen zukünftig der Angelegenheit durchaus zustimmen können.

Herr Reffgen bat darum, die Angelegenheit auch im nichtöffentlichen Teil zu behandeln wegen der Beweis-sicherungsverfahren und der Grundstückstausche.

Herr Pohlmann verwies auf den erforderlichen zukünftigen Anlieferungsverkehr und sprach sich für die Beibe-haltung der heutigen Stellplätze in der Bismarckstraße aus.

Mit 18 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung fasste der Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss:

"Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, das Bauleitplanverfahren auf der Grundlage des vorgelegten städtebaulichen Entwurfes weiter zu führen. Basierend auf dem Vorhaben- und Erschließungsplan kann ein Bebauungsplanentwurf nebst Begründung erarbeitet und die notwendigen Verfahrensschritte gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt werden."

- b) Antrag auf Erstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans (Vorhaben- und Erschließungsplans) für den Bereich Karnaper Straße / Schürmannstraße / Diesterweg-straße / Eisenbahntrasse - SV 61/179.
-

An der Beratung und Beschlussfassung nahm Herr Spelter nicht teil.

Eingangs verwies Herr Stuhlträger auf die verteilte Tischvorlage.

Frau Krall signalisierte Zustimmung unter Hinweis darauf, dass sie das Konzept für gut halte und damit eine zeitgemäße Idee aufgegriffen werde. Ihres Erachtens könne heute bereits ein Aufstellungsbeschluss gefasst werden.

Herr Groll verwies auf die bisherigen Beratungen in vergleichbaren Fällen. Der Antrag für diesen Bereich sei bereits mehrfach abgelehnt worden. Es entspreche den üblichen Gepflogenheiten, zunächst einen Antrag zur Abstimmung zu stellen und erst bei positiver Beschlussfassung mit dem Verfahren zu beginnen.

Frau Schnatenberg hielt das Konzept ebenfalls für gut, lehnte jedoch weitere Verdichtungen ab.

Herr Welke erklärte, er habe bereits seinerzeit dem Antrag zugestimmt. Heute handele es sich um ein poten-tielles Vorzeigeobjekt. Hinsichtlich der Verdichtung sollte die Anzahl der Baukörper bei den Reihenhausezeilen von 4 auf 3 reduziert werden. Ferner seien pro Haushalt 2 Stellplätze zu berücksichtigen.

Frau Alkenings hielt die Idee einer Solarsiedlung für spannend. Dies lasse sich hier aber nicht über einen vor-habenbezogenen Bebauungsplan darstellen. Bedenken habe sie auch bezüglich der Finanzierung der Lärm-schutzeinrichtung. Außerdem vertrat sie die Auffassung, dass die Grundstücksverhältnisse ohne Umlegung nicht geordnet werden könnten. Bei der Erschließungssituation müsste ihrer Meinung nach der nördliche Be-reich der Karnaper Straße einbezogen werden. Außerdem stehe sie der heute präsentierten Tischvorlage im Hinblick auf eine einvernehmliche Entwicklung bei den betroffenen Anliegern und Eigentümern kritisch ge-genüber. Deshalb werde man den Antrag ablehnen.

Frau Krall erklärte, eine Lösung über ein klassisches Bauleitplanverfahren unter Wiederaufnahme des Verfah-rens zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr.139 nördlich der Karnaper Straße sei für die CDU-Fraktion kein Thema.

Herr Pohlmann problematisierte die Grundstückslage in Verbindung mit den Bahneinrichtungen. Außerdem sei in diesem Zusammenhang die Feinstaubproblematik zu bedenken.

Frau Vogel hielt die Idee für sehr interessant. Eine Realisierung würde einen Modellcharakter für Hilden dar-stellen.

Unter Hinweis auf die Diskussion des Themas Klimaschutz im letzten Stadtentwicklungsausschuss sprach sich auch Herr Welke positiv zum Antrag aus.

Mit 9 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.

- Sitzungspause von 18.25 Uhr bis 18.45 Uhr –

- c) Bebauungsplan Nr.165A für den Bereich Kirchhofstraße /Mittelstraße / Walder Straße / Krankenhaus / Stadtwerke;
hier: Entscheidung über den überarbeiteten städtebaulichen Entwurf – SV 61/187.
-

An der Beratung und Beschlussfassung nahmen Herr Welke und Herr Stuhlträger nicht teil.

Nach ausführlichen Erläuterungen des überarbeiteten städtebaulichen Entwurfs durch Herrn Groll erklärte Herr Spelter, man werde diesem Entwurf nicht zustimmen, weil die Bebauung im südlichen Bereich nicht gewünscht und die im nördlichen Teil zu kompakt sei. Hier bedürfe es einer Überarbeitung bzw. evtl. eines Ideenwettbewerbs.

Frau Alkenings erinnerte an die seinerzeitige Diskussion im Zusammenhang mit der Überplanung des Krankenhausbereichs. Sie halte die modularen Entwicklungsmöglichkeiten bei dem heute präsentierten Entwurf für eine sehr gute Idee, wobei die schwierige Interessenlage allseits bekannt sei. Für wichtig halte sie die Entwicklungsmöglichkeiten für die Grundstücke Stadtwerke und der Grundstücksgesellschaft der Stadtwerke. Die Bebauungsausweisung im südlichen Bereich sei durchaus diskussionsfähig. Abschließend hielt sie fest, in Verbindung mit der Überplanung durch den Kplus-Verbund seien die bereits erörterten Abstände Richtung Parkplatz einzuhalten.

Herr Groll wies darauf hin, der Plan sehe einen zusätzlichen Grünstreifen vor. Auf die Ausführungen von Herrn Spelter erklärte er, es handele sich um eine Angebotsplanung. Das Grundstück der Stadtwerke sei vor dem Hintergrund der geführten Diskussionen einbezogen worden. Selbstverständlich könne es auch unberücksichtigt bleiben. Hiervon sei jedenfalls ein Bebauungsplanverfahren nicht abhängig zu machen. Vielmehr werde das Verfahren benötigt für die parallel laufende Planung zum St. Josef-Krankenhaus.

Frau Vogel vertrat die Auffassung, dieser Bereich sei ein guter Standort für Mehrgenerationenwohnen oder Seniorenwohnen.

Für Herrn Reffgen kam nur das Modul 1 in Betracht, wobei er eine 3-Geschossigkeit für zu kompakt halte.

Herr Pohlmann hielt die Planung für grundsätzlich akzeptabel. Er vertrat die Auffassung, die Baumstandorte im Bereich des Kindergartens müssten erhalten werden. Ferner wollte er wissen, wie viel Parkplätze für die Stadtwerke verbleiben würden.

Herr Spelter bat für die CDU-Fraktion um eine Sitzungsunterbrechung.

Frau Alkenings vertrat die Auffassung, dass zu berücksichtigende Grundstück sei ebenfalls zu überplanen und im rückwärtigen Bereich seien Grünflächen auszuweisen.

Herr Groll erläuterte, die in Rede stehende „weiße Fläche“ sei zu schmal für eine Bebauung. Der Baumbestand werde festgeschrieben. Wegen der unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse sei dieses Grundstück bislang in der Bebauungsplandarstellung nicht berücksichtigt worden.

Nach kurzer weiterer Diskussion im Zusammenhang mit den angedachten Erschließungen für den Krankenhausbereich wurde die Sitzung unterbrochen.

- Sitzungsunterbrechung von 19.15 Uhr bis 19.20 Uhr –

Nach Wiedereintritt in die Sitzung erklärte Herr Spelter, seitens der CDU-Fraktion stimme man dem Modul 1 in deutlich zurückgenommener Form zu.

Der Vorsitzende ließ daraufhin separat abstimmen.

Modul „Kern“: 11 Ja-Stimmen / 7 Nein-Stimmen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung: 7 Ja-Stimmen / 11 Nein-Stimmen.

- d) 43. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Bredharter Heide / Krabbenburg;
hier: Beschluss über die weitere Vorgehensweise – SV 61/186.
-

Herr Reffgen bat darum, den Beschluss im zweiten Absatz hinter dem Wort mitzuteilen. zu beenden.

Darüber ließ der Vorsitzende abstimmen: 16 Nein-Stimmen
3 Ja-Stimmen.

Sodann fasste der Stadtentwicklungsausschuss mit 16 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

„Der Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Hilden nimmt die eingegangenen Anregungen zur Kenntnis und beschließt, das Verfahren zur Aufstellung der 43. Änderung des Flächennutzungsplanes bis zur Entscheidung über die CO-Pipeline ruhen zu lassen.

Die Verwaltung wird gebeten, den „Anregern“ diesen Beschluss mitzuteilen und nach der Pipeline-Entscheidung einen Beschluss zur erneuten Offenlage der 43. Änderung des Flächennutzungsplanes vorzubereiten.

- e) Bebauungsplan Nr. 253 für einen Bereich zwischen Düsseldorfer Str., Horster Allee, Itterbach, Stadtgrenze;
hier: Aufstellungsbeschluss – SV 61/189.
-

An der Beratung und Beschlussfassung nahm Herr Spelter nicht teil.

Ohne Aussprache fasste der Stadtentwicklungsausschuss mit 17 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme folgenden Beschluss:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 253 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB vom 27.12.2006 (BGBl. I S. 3316) in der zurzeit gültigen Fassung.

Das Plangebiet liegt zwischen Düsseldorfer Straße, Horster Allee, Itterbach und der Stadtgrenze zu Düsseldorf. Es umfasst das Flurstück 335 in Flur 16 der Gemarkung Hilden.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes soll planungsrechtlich die Errichtung einer Base- und Softballanlage in einer „Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz“ ermöglichen.“

- f) 45. Flächennutzungsplanänderung für einen Bereich zwischen Düsseldorfer Str., Horster Allee, Itterbach, Stadtgrenze;
hier: Aufstellungsbeschluss – SV 61/188.
-

An der Beratung und Beschlussfassung nahm Herr Spelter nicht teil.
Ohne Aussprache fasste der Stadtentwicklungsausschuss mit 17 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme folgenden Beschluss:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Aufstellung der 45. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 2 Abs. 1 BauGB vom 27.12.2006 (BGBl. I S. 3316) in der zurzeit gültigen Fassung.

Das Plangebiet liegt zwischen Düsseldorfer Straße, Horster Allee, Itterbach und der Stadtgrenze zu Düsseldorf. Es umfasst das Flurstück 335 in Flur 16 der Gemarkung Hilden.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes soll mit der Darstellung „Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz“ die Errichtung einer Base- und Softballanlage ermöglichen.“

6. Sonstiges

- a) Bericht über die Abwicklung von Tiefbaumaßnahmen und Maßnahmen für Umwelt und Grünflächen sowie die Abrechnung von Beiträgen und Darstellung sonstiger Einnahmen des Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamtes – Stand 30.09.2007 –
- SV 60/078.
-

Auf die entsprechende Frage von Frau Krall berichtete Herr Mittmann, die Kanalbaumaßnahme in der Mittelstraße sei technisch beendet, was nicht bedeute, dass bereits alle Rechnungen vorlägen. Er sicherte zu, die künftigen Berichtsdarstellungen deutlicher zu fassen.

Weitere Fragen von Frau Krall zu den Refinanzierungsmaßnahmen Tellerlingstraße und Am Alten Sportplatz wurden in den nichtöffentlichen Teil verwiesen.

Abschließend nahm der Stadtentwicklungsausschuss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

- b) Sachstandsbericht Hochbaumaßnahmen (Stand 30.08.2007) – SV 26/042.
-

Auf die Frage von Frau Vogel, inwieweit weitere Flachdächer im städtischen Gebäudebestand für Fotovoltaik-Anlagen geeignet seien, sagte Herr Scheib für die kommende Sitzung einen Bericht zu.

Herr Welke erinnerte an die Fluchttreppen für den Sitzungssaal im Bürgerhaus.

Hierauf entgegnete Herr Scheib, die Verwaltung habe zwischenzeitlich die Vorplanung verworfen. Man sei weiter auf der Suche nach geeigneten Lösungen.

Auf eine weitere Frage von Frau Vogel führte Herr Scheib aus, bei der Erneuerung der Heizungsanlage im Jueck werde die Brennwerttechnik eingesetzt, da für eine Alternativ-Beheizung keine Lagerflächen zur Verfügung ständen.

Der Stadtentwicklungsausschuss nahm Kenntnis vom Bericht der Verwaltung.

- c) Überprüfung der Denkmalwürdigkeit der Essenzenfabrik Lindenstraße 20;
hier: Eintragung der Gebäude Wohnhaus (Nr. 2), Zwischentrakt (Nr. 3)
und altes Hauptfabrikgebäude (Nr. 4) in die Denkmalliste – SV 60/081.
-

Ohne Aussprache nahm der Stadtentwicklungsausschuss mit 18 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme folgenden Beschlussvorschlag an:

„Der Rat der Stadt Hilden nimmt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss Kenntnis von der Denkmalwürdigkeit der Essenzenfabrik Lindenstraße 20 und beschließt die Eintragung der Gebäude Wohnhaus (Nr. 2), Zwischentrakt (Nr. 3) und altes Hauptfabrikgebäude (Nr. 4) in die Denkmalliste.“

- d) Sanierung des Schmutzwassersammlers Niedenstraße/Hülsenstraße – SV 66/096.
-

Nach kurzer Aussprache nahm der Stadtentwicklungsausschuss einstimmig folgenden Beschlussvorschlag an:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss und im Stadtentwicklungsausschuss die Sanierung des Schmutzwasserhauptsammlers Niedenstraße/Hülsenstraße und stimmt den nach § 14 GemHVO vorgelegten Unterlagen und ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 730.000,- € zu.

Der Betrag soll wie folgt veranschlagt werden:

Abschnitt Hülsenstraße	2008	-	290.000,- €
Abschnitt Niedenstraße	2008	-	440.000,- €

Diese Mittel werden in 2008 im Vorgriff auf den Haushaltsbeschluss freigegeben.

Über die Finanzierung der Maßnahme wird im Rahmen der weiteren Haushaltsplanberatungen 2008 entschieden.“

- e) Regenwasserkanalsanierung Verdistraße;
hier: Unterlagen gem. § 14 GemHVO – SV 66/097.
-

Einstimmig nahm der Stadtentwicklungsausschuss ohne Aussprache folgenden Beschlussvorschlag an:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Sanierung des Regenwasserkanals in der Verdistraße und stimmt den nach § 14 GemHVO vorgelegten Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 632.000,00 zu. Nach dem Bauzeitenplan unter Beachtung des Kassenwirksamkeitsprinzips sollen die Gesamtkosten wie folgt veranschlagt werden:

bisher bereitgestellt	Ansatz 2007	5.000,00€ (Bodengutachten)
	Ansatz 2008	230.000,00€ (VE in 2008 397.000,00€)
	Ansatz 2009	397.000,00€

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der weiteren Haushaltsplanung 2008 entschieden.“

- f) Regenwasserkanalneubau und –sanierung Auf der Hübben;
hier: Unterlagen gem.§ 14 Gem HVO – SV 66/101.

Ohne Aussprache nahm der Stadtentwicklungsausschuss einstimmig folgenden Beschlussvorschlag an:

„Der Rat beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss und Haupt- und Finanzausschuss den Neubau und die Sanierung des Regenwasserkanals Auf der Hübben und stimmt den nach § 14 GemHVO vorgelegten Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 210.000,00 zu.

Nach dem Bauzeitenplan unter Beachtung des Kassenwirksamkeitsprinzips sollen die Gesamtkosten wie folgt veranschlagt werden:

bisher bereitgestellt	Ansatz 2007	3.000,00 € (Bodengutachten)
	Ansatz 2008	207.000,00 €

Diese Mittel werden in 2008 im Vorgriff auf den Haushaltsbeschluss freigegeben.“

- g) Umgestaltung der Ringwallanlage Holterhöfchen – SV 66/099.

Eingangs erinnerte Herr Burchartz daran, dass der Kplus-Verband 4 Bänke für den Bereich Ringwallanlage als Spende zur Verfügung stellen wolle. Im Zusammenhang mit dem anstehenden Rauchverbot für das Schulzentrum Holterhöfchen stellte er nachstehenden Antrag:

„Nach der Ankündigung der Schulleitung der Berufsbildenden Schule des Kreises Mettmann, ab dem nächsten Jahr ein Rauchverbot für das gesamte Schulgelände umzusetzen, wird der Bürgermeister gebeten, zu überprüfen, ob es sinnvoll ist, alternativ auf dem Gelände eine Raucherzone einzurichten.

Begründung:

Die tägliche Verunreinigung der Anlage Holterhöfchen ist schon jetzt ein Problem. Sie wird durch das Rauchverbot auf dem gesamten Schulgelände der Berufsbildenden Schule noch verstärkt. Die Rauchen werden die Anlage Holterhöfchen und die Straße (Schwimmbad) mit noch mehr Abfall und Zigarettenkippen verunreinigen.

Der Stadtverwaltung entstehen zusätzliche Reinigungskosten (siehe unseren Antrag zum Rat am 25.04.07).“

Dieser Antrag wurde zuständigkeitshalber an den Schulausschuss weiter geleitet.

Frau Krall vertrat die Auffassung, zum Thema Beleuchtung noch kreative Ideen durch die Stadtwerke einzuholen. Die zusätzlichen Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlages sollten vor abschließender Durchführung dem Ausschuss vorgestellt werden.

Hierauf stellte Herr Rech richtig, dass die 3 zusätzlichen Punkte des Beschlussvorschlages aus der vorhergehenden Diskussion herrührten. Verwaltungsseitig sei lediglich der erste Teil des Beschlussvorschlages vorgesehen gewesen.

Wegen des hohen Nutzungsdrucks beantragte Frau Alkenings eine separate Abstimmung der einzelnen Teile des Beschlussvorschlages. Seitens der SPD-Fraktion werde den zusätzlichen Punkten 2 bis 4 nicht zugestimmt.

Frau Vogel schloss sich diesen Ausführungen an. Es sei keine weitere Beleuchtung und auch keine zusätzliche Wegeanlage innerhalb der Ringwallanlage erforderlich, da es sich um einen naturnahen Bereich handele.

Nach einem deutlichen Plädoyer für eine Beleuchtung durch Herrn Burchartz lehnte auch Herr Pohlmann die zusätzlichen Punkte des Beschlussvorschlages ab.

Sodann stellte der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung. Eingangs hielt er fest, über den Kplus-Verband würden 4 Bänke zur Verfügung gestellt. Standort sollte gegenüber der Tagesklinik vor der eigentlichen Ringwallanlage sein. Dem stimmten die Ausschussmitglieder zu.

Im Anschluss hieran wurde wie folgt beschlossen:

1. „Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Sanierung des Wegenetzes in seiner bisherigen Form einschließlich der Anlegung eines weiteren Zugangs. Die Kosten hierfür sind zum Haushalt 2008 angemeldet. Weiterhin wird die Verwaltung im Rahmen der Unterhaltung eine Teilbegrünung des vorhandenen Zaunes sowie eine Sperrung der BMX-Fahrstrecken mittels Baumstämmen vornehmen.“

2. (zusätzlich) - mit Ergänzung -
„Die Verwaltung wird beauftragt eine Wegebeleuchtung unter Beteiligung der Stadtwerke -wie beschrieben- auszuführen. Die Kosten hierfür in Höhe von 24.500€ werden zum Haushalt 2008 nachgemeldet.“

3. (zusätzlich)
„Die Verwaltung wird beauftragt zusätzliche Bänke und Papierkörbe – wie beschrieben- aufzustellen. Die Kosten hierfür in Höhe von 3.600€ werden zum Haushalt 2008 nachgemeldet.“

4. (zusätzlich)
„Die Verwaltung wird beauftragt zusätzliche Wege in der Ringwallanlage zu planen. Nach vorheriger Genehmigung durch die Bodendenkmalbehörde sind dem Ausschuss die Kosten für die Durchführung einer solchen Maßnahme vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1 11 Ja-Stimmen / 8 Nein-Stimmen

Punkt 2 10 Nein-Stimmen / 9 Ja-Stimmen

Punkt 3 einstimmig nein

Punkt 4 einstimmig nein.

h) Sanierung von Straßenbaumstandorten – SV 66/109.

Unter Hinweis auf den seinerzeitigen Ortstermin durch den Stadtentwicklungsausschuss erinnerte Herr Spelter an die dringend sanierungsbedürftigen Standorte Hochdahler Straße 211-213, 214 und 201 und 202.

Herr Mittmann verdeutlichte, man habe in der zurückliegenden Zeit ca.500 Baumstandorte begutachtet. Hieraus sei die heute präsentierte Prioritätenliste entstanden. Sollten darüber hinaus weitere Baumstandorte saniert werden, sei es erforderlich, pro Standort einen Betrag von rund 2.500 € zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Herr Rech ergänzte, aus fachlicher Betrachtung und unter Berücksichtigung von Verkehrssicherungsaspekten sei kein Austausch möglich.

Herr Reffgen sprach sich lediglich für einen Austausch bei Leitungstrassen aus. Ansonsten sei mit Blick auf die Diskussion Klimaschutz die Liste nicht nachvollziehbar.

Frau Vogel regte an, die Baumarten auf Geeignetheit für Stadtbäume zu untersuchen.

Nach kurzer weiterer Diskussion fasste der Stadtentwicklungsausschuss mit 16 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

„Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt dem von der Verwaltung vorgelegten Sanierungsprogramm mit den darin enthaltenen Baumstandorten zu. Über die Finanzierung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zum Haushalt 2008 entschieden.“

II. Nichtöffentliche Sitzung: